

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 5. Februar 2009.

Aktuelle Anfragen

Die Linksfraktion fragte nach Beraterverträgen der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften. Der Stadtdirektor erläuterte, dass es bei der Stadt eine Vielzahl von Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträgen gibt, die im Einzelnen nicht registriert werden. Auftragsvergaben erfolgen ab bestimmten Größenordnungen durch die Ausschüsse. In den Tochtergesellschaften gibt es unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der Zuständigkeit von Vorständen, Geschäftsführungen, Aufsichtsräten und Ausschüssen. Die Umstände und Bedingungen des Beratervertrags zwischen der S-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf und Josef Müller, Köln, sind der Verwaltung zur Zeit nicht bekannt, werden aber sowohl durch die Revision der Stadtparkasse als auch die Staatsanwaltschaft untersucht.

BÜ 90 fragte nach dem Konjunkturprogramm II des Bundes. Die Verwaltung hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die Investitionsmaßnahmen ermittelt, die förderfähig sind. Detaillierte Kriterien sind zurzeit noch nicht bekannt. Düsseldorf rechnet mit 41,59 Mio Euro für den Investitionsschwerpunkt Bildung und 8,89 Mio Euro für den Schwerpunkt Infrastruktur. Die beschlossenen Einkommensteuersenkungen könnten aufgrund von Ermittlungen des Städtetages zu Einkommensteuersenkungen in einer Größenordnung von 12 Mio führen. Detaillierte Berechnungen kann die Verwaltung erst nach der Steuerschätzung im Mai vorlegen.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU erläuterte die Verwaltung, dass inzwischen 40 Dienstgebäude mit hoher Publikumsfrequenz mit automatisierten externen Defibrillatoren ausgestattet sind. Weitere 36 Einrichtungen wie Büchereien, Bürgerbüros und Bezirkssportanlagen werden in nächster Zeit ausgestattet, um die Überlebenschancen im Falle eines Herzstillstandes zu verbessern.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zu Patenschaften für Grünflächen verwies die Verwaltung auf die Stiftung Golzheimer Friedhof und die Derendorfer Jonges, die sich um den Erhalt und die Pflege des historischen Golzheimer Friedhofs kümmern. Als besondere Patenschaften können die zahlreichen Baumpaten gesehen werden an 6.000 von 36.000 Baumscheiben. Durch das Jugendamt werden Patenschaften für Kinderspielplätze betreut. Durch gezielte Akquisition im Rahmen der Entente Florale konnten Geld- und Sachspenden geworben werden. Im Herbst wurden 5 Mio Krokusse im Rheinpark durch Pro Düsseldorf unter Beteiligung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger gepflanzt.

Aufgrund einer Anfrage der FDP zum „Haus des Jugendrechts“ erläuterte die Verwaltung zunächst das als Modell gestartete und inzwischen regulär verankerte Haus des Jugendrechts in Stuttgart. Hier gibt es gemeinsame Fallkonferenzen von Polizei, Staatsanwaltschaft und der Arbeitsgemeinschaft Jugendgerichtshilfe, allerdings nur in einem Stadtbezirk. Auch in Düsseldorf gibt es Fallkonferenzen unter Beteiligung der Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe in Strafverfahren sowie der Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit.

Aufgrund einer Anfrage der Linksfraktion erläuterte die Verwaltung, dass Sponsoring in den Bereichen Kultur, Sport, Gesundheit, Umweltschutz und Wirtschaftsförderung aufgrund von schriftlichen Verträgen erfolgt. In 2008 wurden bei 69 Fällen 94.675 Euro eingenommen, in 7 Fällen liegt der Wert über 5.000 Euro. Spenden an die Stadt werden von den Fachbereichen erfasst, Spender wollen in der Regel nicht genannt werden.

Aufgrund einer Anfrage der SPD zur Umsetzung der in 2009/2010 geplanten Baumaßnahmen in den Bereichen Schule und Kindertagesstätten erläuterte die Verwaltung, dass ein Optimierungsbedarf im Amt für Immobilienmanagement ermittelt wurde. Die Ergebnisse einer inzwischen durchgeführten Organisationsuntersuchung sollen im März vorliegen. Die in 2009 vorgesehenen Maßnahmen im Masterplan Schulen in Höhe von 35 Mio Euro sind mit dem vorhandenen Personal umsetzbar. Für die ab 2010 zusätzlich anstehenden Baumaßnahmen im Ausbau von Ganztagsrealschulen und Ganztagsgymnasien ist zusätzliches Personal notwendig. Auch für den vom Oberbürgermeister angekündigten Ausbau der Betreuungsplätze von unter Dreijährigen kann erst nach Konkretisierung des Bedarfs die Umsetzungsplanung für die Jahre 2010 bis 2012 beginnen. Im Laufe des Jahres soll zusätzliches Personal eingestellt werden.

Anträge der Fraktionen

Mit den Stimmen von CDU, FDP, Krüger wurde auf Antrag von CDU und FDP die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für einen Freiwilligentag zu erstellen, das auf konkrete Gestaltungs- und Umsetzungsmöglichkeiten sowie finanzielle Aspekte eingeht. SPD und BÜ 90 führten als Grund für die Ablehnung an, dass es an einer zentralen Stelle zur Ehrenamtlichkeitsarbeit mangelt, Ehrenamtliche schon jetzt an vielen Tagen des Jahres tätig werden und nicht gezwungen werden sollten, ihr Engagement auf einen Tag zu konzentrieren.

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde ein Antrag von Bündnis 90 abgelehnt, ein städtisches Monitoring für die Bahnhöfe und S-Bahnstationen aufzubauen und zu betreuen sowie eine Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger einzurichten.

BÜ 90 hatte einen Antrag eingereicht zum Arbeits-, Wohn-, Freizeit- und Kulturstandort Altstadt. Die Verwaltung sollte ein Konzept zur Verbesserung des Jugendschutzes und der Aufenthaltsqualität in der Altstadt erarbeiten und dazu zahlreiche Maßnahmen prüfen. Die Verwaltung stellte dann dar, welche Maßnahmen inzwischen mit Polizei und Altstadtgemeinschaft abgesprochen wurden: Bürgersprechstunde mit Polizei, Altstadtwirten und OSD; keine wesentlichen Änderungen am Marketingkonzept, aber keine gezielten Marketingmaßnahmen zu Junggesellenabschieden; Imagekampagne unter Federführung der Altstadtgemeinschaft mit dem Ziel der Einrichtung einer Standortgemeinschaft; Einrichtung einer Jugendschutzstelle rund um die Uhr; Einsatz des Ordnungs- und Service-Dienstes nach 1.30 Uhr zur Kontrolle des Jugendschutzes; Erneuerung und energetische Optimierung der Beleuchtung; Gespräche mit Eigentümern wegen Beleuchtung des alten Hafens.

Kein Einvernehmen wurde im Arbeitskreis zum Verbot von Alkoholkonsum außerhalb von konzessionierten Flächen erzielt, da ein beauftragter Gutachter rechtliche Bedenken äußerte. Während die Polizei ein Vorziehen der Sperrstunde von 5 auf 3 Uhr präferiert, schlagen die Altstadtwirte eine Abschaffung der Sperrstunde vor, alternativ variable Sperrstunden.

Nach diesem Bericht zog BÜ 90 den Antrag zurück und bat um regelmäßige Berichterstattung.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜ 90, FDP (Enthaltung Reichert, Krüger) beschloss appellierte der Rat an die Bundesregierung, die Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II so schnell wie möglich vorzunehmen, da die jetzigen Strukturen der Arbeitsgemeinschaften aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts bis spätestens Ende 2010 vollständig ersetzt werden müssen durch neue, funktionierende Grundsicherungsstellen. Der Rat favorisiert, die Verfassung den veränderten Bedingungen anzupassen, und hält eine Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen auf Augenhöhe und unter Beibehaltung größtmöglicher lokaler Handlungsspielräume für unverzichtbar. Ein Änderungsantrag der Linksfraktion, Harzt IV

zu überwinden und einen Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung zu gewährleisten, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

CDU/FDP beauftragten gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion (Enthaltung Reichert, Krüger) die Verwaltung eine Machbarkeitsstudie zu erstellen unter Einbeziehung der sich durch die Zusammenarbeit ergebenden Synergien des Albrecht-Dürer-Berufskollegs, der IHK und der Handwerkskammer. Hierbei soll ein Neubau unter Aufgabe des Schulstandortes Fürstenwall 100 sowie der Dependancen auf der Pestalozzistraße und der Konkordiastraße mit einer möglichen Sanierung verglichen werden. Einen Änderungsantrag von SPD und BÜ90, die Planung eines Neubaus für das Albrecht-Dürer-Berufskolleg einschließlich einer Dreifachsporthalle am Standort Völklinger Straße mit Integration der heutigen Dependancen in Angriff zu nehmen und dort ein Musterprojekt für nachhaltige Entwicklung (Nullenergiegebäude) zu entwickeln, lehnten CDU und FDP (Enthaltung Reichert) ab, weil dies nicht aus dem Konjunkturprogramm realisiert werden kann.

Gegen BÜ 90 und Linksfraktion wurde auf Antrag von CDU und FDP beschlossen, die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Realisierung von Mehrgenerationen-Flächen unter Berücksichtigung von sozialen Kontakten der Generationen, Aufenthaltscharakter sowie Fitness-Aspekten zu beauftragen. Für die SPD war dies ein Schauantrag, weil die Verwaltung schon an diesem Konzept arbeitet und der Seniorenbeirat in die Erarbeitung bereits einbezogen ist, sodass im Sommer bereits mit einem Modellprojekt begonnen werden soll. Auch sind im Masterplan Sport bereits Finanzmittel für Fitness-Angebote enthalten. Deshalb nahm die SPD nicht an der Beschlussfassung teil.

Die Linksfraktion beantragte, dass Düsseldorf der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beitrifft und sich verpflichtet, wirksam gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. Dem Rat sollte kurzfristig ein Konzept zur Umsetzung des 10-PunkteAktionsplans der Städtekoalition vorgelegt werden, der auf Initiative der UNESCO gestartet wurde. Nachdem die CDU erläuterte, dass zurzeit ein Fachtag zum Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorbereitet wird, wurde der Antrag an die Verwaltung gegeben, damit nach Abschluss des Fachtages ein Vorschlag der Verwaltung vorgelegt wird. Eine formelle Abstimmung erfolgte nicht.

Die Linksfraktion beantragte, dem Rat einen Vorschlag zur Benennung von Straßen nach Rosa-Luxemburg und Karl-Liebknecht zu unterbreiten. Der Antrag wurde von CDU, FDP und einer SPD-Stimme abgelehnt, Enthaltung 7 Stimmen von BÜ 90.

Der Rat bekräftigte interfraktionell die von den Ratsfraktionen geäußerte Ablehnung eines Kohlekraftwerks auf der Lausward und erwartet von den Stadtwerken, dass sie dem politischen Willen Rechnung trägt und den Antrag zur Genehmigung eines Kohlekraftwerks bei der Bezirksregierung zurückzieht.

Ein Antrag der Linksfraktion, ein Frühwarnsystem bei Strom-, Gas- und Heizungsabschaltungen über die Stadtwerke einzurichten, wurde von CDU, FDP, SPD, BÜ 90 abgelehnt, da allein schon datenschutzrechtliche Gründe dagegen sprechen.

Der Antrag der SPD, ein städtisches Konjunkturprogramm zur Unterstützung des Konjunkturprogramms der Bundesregierung aufzulegen, mit dem Ziel, planreife Projekte vorzuziehen und Maßnahmen zu berücksichtigen, die soziale und ökologische Zielsetzungen verknüpfen, wurde von CDU, FDP und Krüger abgelehnt.

Der Antrag der SPD, die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Einrichtung einer Fachstelle für nachhaltige Entwicklung zu schaffen mit dem Ziel,

alle Entscheidungen auf ihre Relevanz für eine nachhaltige Entwicklung zu überprüfen, wurde von CDU, FDP, Reichert, Krüger (Enthaltung BÜ 90, Linksfraktion), als zu bürokratisch abgelehnt. Auch ein Änderungsantrag von BÜ 90, bis Herbst 2009 einen Nachhaltigkeitsbericht vorzulegen wurde von CDU, FDP, Reichert, Krüger (Enthaltung SPD) als Bleiwüste abgelehnt.

Personalien

Der Rat wählte

- die Mitglieder des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft Mönchengladbach, die SPD ist vertreten durch Karl-Josef Keil (gegen BÜ 90 und Linksfraktion; Enthaltung Reichert);
- empfahl der Geschäftsführung der Flughafen Düsseldorf GmbH ein Aufsichtsratsmitglied für den Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf Ground Handling GmbH (einstimmig);
- entsandte Mitglieder in den Beirat der sport Agentur Düsseldorf GmbH, die SPD ist vertreten durch Regine Thum;

Verwaltungsvorlagen

Einstimmig beschloss der Rat, dass ab 1.8.2009 die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt beitragsfrei ist. Hierdurch wird eine Mehrbelastung des Haushalts in Höhe von 19,7 Mio Euro erwartet, der anteilige Betrag von 8,2 Mio Euro ist für 2009 im Haushalt berücksichtigt. Die SPD wies darauf hin, dass sie dies schon für 2006 beantragt hatte.

Einstimmig beschloss der Rat den möglichen Mehrbedarf von 160 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren beim Landschaftsverband Rheinland zu beantragen. Sollte es keine Landesmittel geben, werden diese Plätze kommunal finanziert, Volumen 1,4 Mio Euro jährlich. Durch Umbauten sollen ehemalige Plätze für schulpflichtige Kinder umgewandelt werden.

Der Rat beschloss mit den Stimmen von CDU, Krüger und einer SPD-Stimme bei Enthaltung von SPD, FDP, BÜ 90, Reichert gegen Linksfraktion, der Städtischen Gemeinschaftshauptschule Rather Kreuzweg den Namen „Wilhelm-Ferdinand-Schüßler Tageschule“ zu geben.

Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- von neuen Regenwasserkanälen in Angermund (An den Linden, Auf der Krone, Angermunder Straße sowie der Sanierung des Schmutzwasserkanals mit Gesamtkosten von rd. 8,2 Mio Euro (einstimmig);
- des Neubaus eines 2. Kunstrasenspielfeldes nebst leichtathletischen Anlagen auf der Sportanlage Niermannsweg (SC Unterbach) mit voraussichtlichen Kosten von 1,24 Mio Euro, an den Kosten wird sich die Stadt Erkrath mit 300.000 Euro beteiligen, (einstimmig);
- den Neubau einer Kindertageseinrichtung mit drei Familiengruppen in Angermund, Am Litzgraben mit voraussichtlichen Kosten von rd. 2,4 Mio Euro (einstimmig);
- den Neubau einer Kindertagesstätte mit vier Gruppen sowie einer Jugendfreizeiteinrichtung als Ersatz für den internationalen Stadteiltreff auf der Schirmerstr. 33 auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Derendorf mit voraussichtlichen Kosten von 4,9 Mio Euro (einstimmig).

Der Rat beschloss folgende Baumaßnahmen:

- den Bau der Verkehrsanlagen und verkehrsbezogenen Ingenieurbauwerke im

Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs Derendorf mit Kosten von 43,4 Mio Euro, wobei der städtische Eigenanteil 16,2 Mio beträgt. Die Erschließungsmaßnahmen werden durch den Investor geplant und gebaut und beinhalten auch die Entlastungsstraße nebst Anschlüssen an das Straßennetz, Spindeln an den Brücken, Lärmschutzwände, Kanal (gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion);

- den Umbau des Tennis-Großspielfeldes in Kunstrasen und den Neubau eines Kunstrasen-Kleinspielfeldes auf der Bezirkssportanlage Pariser Straße mit Gesamtkosten von 0,75 Mio Euro (einstimmig);
- die Erneuerung und Sanierung der naturwissenschaftlichen und hauswirtschaftlichen Räume der Realschule Färberstraße 40 mit Gesamtkosten von 2 Mio Euro (einstimmig);
- den Neubau der Feuer- und Rettungswache Nord auf dem jetzt als Mitarbeiterparkplatz genutzten Grundstück des Flughafens im Bereich zwischen der A 44 und der Flughafenstraße mit Gesamtkosten von 11,3 Mio Euro (einstimmig);
- die Sanierung und Erweiterung der Dependance Suitbertusstraße des Berufskollegs Bachstraße mit Gesamtkosten von 5,2 Mio Euro. Durch einen dreigeschossigen Anbau werden neue Klassenräume sowie ein Aufzug geschaffen. Die Sanierung des Hauptgebäudes umfasst die Fassadensanierung, neue Abwasser- und Trinkwasseranlagen, Sanitäranlagen sowie ein Mini-Blockheizkraftwerk. Bis zur Fertigstellung in 2011 werden weitere Klassencontainer aufgestellt (einstimmig);
- den Abbau der alten Verkehrsrechner und die Erneuerung von Steuergeräten im Bereich Süd mit Gesamtkosten von 1,2 Mio Euro (einstimmig).

Baurecht

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion

- den Bebauungsplan „Niederrheinstraße“ (Lohausen). Das 36 ha große Gebiet beiderseits der Niederrheinstraße ist im Flächennutzungsplan überwiegend als Gewerbegebiet dargestellt. Durch den Bebauungsplan wird nun festgelegt, dass zum Schutz des zentralen Versorgungsbereiches im Süden (von der Kreuzung Niederrheinstraße/ Alte Flughafenstraße bis zur Einmündung Spielberger Weg) im angrenzenden Gebiet nahversorgungs- und zentrenrelevanter Einzelhandel mit Ausnahme von Werksverkauf ausgeschlossen wird. Das im nördlichen Gebiet angesiedelte Autohaus ist ebenso zulässig wie Einzelhandel auf max. 100 qm Verkaufsfläche, der in unmittelbarem räumlichen und betrieblichen Zusammenhang mit Handwerks-, produzierenden- und Dienstleistungsbetrieben steht. Ein bestehender Discounter mit 788 qm Verkaufsfläche genießt Bestandsschutz ebenso wie Modehäuser, Erweiterungen sind nicht möglich.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen.

Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de